zu werden, hatte sie voriges Jahr mit einem schwarz-grünen Bündnis gegen die SPD geliebäugelt. Als sie damit gescheitert war, verkündete sie im SPIEGEL den abrupten Kurswechsel: Die Wähler der Grünen wollten „150 Prozent Klarheit“ in Koalitionsfragen, deshalb müsse man die schwarz-grüne Option „zumachen“.

Mit ihrer Botschaft, sie habe die Lektionen des verpatzten Wahlkampfs verstanden, zog sie im Frühjahr durch die Berliner Kreisverbände und warb um Versöhnung. Als wiedergeborene Befürworterin von Rot-Grün hat sie nun sogar Chancen, bei der Urwahl Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl zu werden.

Als Nächster rollte Parteichef Cem Özdemir die schwarz-grüne Fahne ein. „Unsere Aussagen bis 2013 sind klar und unverrückbar: Wir setzen auf Grün und Rot“, versprach er im April in der „Welt“. Jahrelang hatte der Realo als Repräsentant einer schwarz-grünen Zukunft gegolten. Noch im Februar hatte er sich darüber mit Trittin heftig gestritten.

Doch im Frühjahr hatte Özdemir dringendere Sorgen. Verzweifelt suchte er im Realo-Lager nach einer Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl. Ein innerparteilicher Kampf um die schwarz-grüne Option erschien Özdemir aussichtslos.

Auch seine Wunschkandidatin für die Wahlkampfspitze, Katrin Göring-Eckardt, mag sich nicht für eine Lockerung der grünen Koalitionsaussagen verkämpfen. Die 46-Jährige gilt im parteiinternen Wahlkampf um die Spitzenkandidatur als Außenseiterin. Sie möchte den Platzhirschen Trittin, Künast und Parteichefin Claudia Roth keine Angriffsfläche bieten.

Im Jahr 2005 hatte Göring-Eckardt noch verkündet, dass sich die klassischen Lager im Fünfparteiensystem aufgelöst hätten: „Die Grünen können nicht mehr nur mit der SPD.“ Heute sagt sie: „Schwarz-Grün ist für 2013 im Bund nicht zu machen.“

So spricht nichts dafür, dass die Grünen sich aus eigener Kraft aus der strategischen Falle befreien. Sie können nur noch für Rot-Grün kämpfen, nach dem Motto: Augen zu und durch.

Schrittzahl und Richtung bei diesem Marsch ins Ungewisse gibt Fraktionschef Trittin vor. Er hat die Abkehr von der schwarz-grünen Option auch inhaltlich fundiert. Das grüne Programm sieht dank Trittin massive Steuererhöhungen vor, die die Union vermutlich nie akzeptieren würde. Am Thema Steuern und Gerechtigkeit, da ist Trittin sicher, würde ein Bündnis scheitern.

Zweifel blendet der Grünen-Boss aus, bis zur Wahl im nächsten Herbst setzt er auf Durchhalteparolen: „Wir haben eine realistische Siegchance“, sagte er vergangene Woche im „Hamburger Abendblatt“ trotzig. „Die kann mir keiner ausreden.“

Ralf Beste

UNION

Unbeirrt rabiat

Mit ihrer Warnung vor einer Rentenapokalypse hat sich Ursula von der Leyen isoliert. Doch die Arbeitsministerin will nicht einlenken. Eher würde sie zurücktreten.

Als Ursula von der Leyen vergangenen Mittwoch leicht verspätet ins Kabinettsfrühstück mit der Kanzlerin platzte, merkte sie schnell, dass die Sitzung nicht angenehm werden würde. „Wir hatten schon gedacht, du seiest zurückgetreten“, rief ihr ein Minister entgegen, als die Tür sich öffnete.

Eigentlich sollen bei diesem Frühstück Konflikte entschärft werden, doch davon konnte jetzt keine Rede sein. Die Luft war bleihaltig, die Minister von CDU und CSU erzählten später von einem Disput, der in dieser Schärfe historisch war.

„Bis zum Wochenende habe ich noch gedacht, das ist eine gute Sache“, sagte Merkel über von der Leyens Projekt, die Zuschussrente für Geringverdiener. „Aber je besser ich die Zahlen kenne, desto stärker wachsen meine Zweifel.“

Jeder andere im Kabinett hätte Merkels Rüge still geschluckt, nicht so von der Leyen. Sie bot der Kanzlerin die Stirn. „Meine Zahlen stimmen.“

Ihre Botschaft an diesem Morgen war klar: Sie sei nicht bereit, ihre Idee einer Zuschussrente aufzugeben (siehe Seite 80). Sie werde nicht schweigen, nur um des lieben Friedens willen. Und so befindet sich die Union inmitten eines Machtkampfs, wie sie ihn lange nicht erlebt hat: Die heimliche Nummer zwei der Partei widerspricht der Nummer eins – und will sich partout nicht unterordnen.

Es ist das Duell zweier Frauen, die lange dasselbe Ziel einte. Für Merkels Projekt, die CDU zu modernisieren, war von der Leyen ihre wichtigste Ministerin. Merkel hatte die Macht und von der Leyen Leidenschaft, rhetorisches Geschick – und sieben Kinder. Doch spätestens seit die Kanzlerin ihre Ministerin 2010 als Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin fallenließ, ist die Beziehung erkaltet. Von der Leyen hat sich von ihrer Chefin emanzipiert, sie akzeptiert Merkels Führungsanspruch, aber sie scheut nicht den Konflikt. Das wurde der Kanzlerin spätestens klar, als sie mit von der Leyen nach dem Kabinettsfrühstück ein zweites Mal sprach, diesmal unter vier Augen.

Unbeirrt verweist die Ministerin auf den Koalitionsvertrag. Darin werde der Kampf gegen die Altersarmut versprochen. „Bis Ende Oktober“, sagt sie bei jeder Gelegenheit, wolle sie daher „eine Richtungsentscheidung“. Ihre Botschaft an Merkel und die Partei ist deutlich: Sie müsse nicht um jeden Preis Ministerin bleiben.

Unbeirrt rabiat tritt von der Leyen im Rentenstreit seit Wochen auf. Anfang August hatten die Experten der Deutschen Rentenversicherung ihr Urteil über von der Leyens Gesetzesentwurf an das Ministerium geschickt. Es war ein 34-seitiger Verriss. Die Zuschussrente sei „in ihrer Zielsetzung unklar, in ihren Auswirkungen nicht zielgenau und hinsichtlich der Finanzierung nicht systemgerecht“. Von der Leyen war das egal.

Im CDU-Präsidium, dem obersten Führungszirkel der Partei, versuchte es dann vor zwei Wochen der Chef der Jungen Union. Er sei gegen jede Ausweitung von

CDU-Kontrahentinnen von der Leyen, Merkel:

Sozialleistungen zu Lasten künftiger Generationen, sagte Philipp Mißfelder. Doch statt sich zu verteidigen, ging die Ministerin in die Offensive. Warum sie einen an sie adressierten Brief junger Abgeordneter zwar in der Zeitung habe lesen können, diesen aber selbst bis heute nicht erhalten habe, fragte sie. Merkel versuchte zu beschwichtigen. Von der Leyen und die Jungen sollten sich mal treffen und reden. Für Merkels Verhältnisse war das eine klare Ansage. Das Problem der Altersarmut sollte intern diskutiert werden, aber bitte nicht öffentlich.

Von der Leyen scherte sich nicht darum. Sie lud die Jungen zwar zum Gespräch, sorgte jedoch zugleich dafür, dass die Einladung, garniert mit erschreckenden Zahlen, in der „Bild am Sonntag" landete. Mit Merkel abgesprochen war das nicht. Seitdem herrscht Rentenangst in der Republik. Und Merkel ist sauer.

Das Vorbild für von der Leyens Kurs ist von der Leyen selbst. Im Jahr 2007 hatte sie den Kita-Ausbau ebenfalls überfallartig mit einem Interview angestoßen. Spätestens bis 2013 sollte die Zahl der Betreuungsplätze um eine halbe Million anwachsen, verkündete sie damals, obwohl für den Ausbau eigentlich die Länder zuständig sind. Die Kosten bezifferte sie mit jährlich drei Milliarden Euro. Auch das war recht dreist, beschaffen mussten das Geld schließlich andere.

CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Gegenspieler Kauder
Alle gegen Ursula von der Leyen

Was folgte, war ein Glaubenskrieg um ganztagsbetreute Kinder und eine zeitgemäße Rollenverteilung zwischen Mann und Frau, eine monatelange Auseinandersetzung um die DNA der Union, aus der von der Leyen als Siegerin hervorging. Die älteren Herren der CDU, denen der ganze Kurs und vor allem die streberhafte Ministerin mit dem kühlen Lächeln nicht passten, konnten sehen, woher die Milliarden für ihr Vorzeigeprojekt kamen. Volker Kauder, der mächtige Unionsfraktionschef, schimpfte noch Jahre später: Niemand müsse glauben, dass er ständig Glastüren einrennen könne, ohne sich irgendwann zu schneiden.

Doch inzwischen scheint von der Leyens Methode, Politik zu machen, an Grenzen zu stoßen. Ihr Pakt mit dem Bürger in der Rentenfrage kann die vielen kleinen politischen Bündnisse, die eine Mehrheit im Parlament sichern, auf Dauer nicht ersetzen.

Im Gegensatz zur Kita-Debatte nimmt von der Leyen den Gestus des erfrischend naiven Neulings niemand in der Union mehr ab. Anders als damals ist sie heute isoliert, umzingelt von mächtigen Gegnern, allen voran Kauder. Sie hat das Kunststück fertiggebracht, alle Flügel in der Union gleichzeitig gegen sich aufzubringen. Als die Führungsspitze der Fraktion am vergangenen Mittwoch zu ihrer Klausur zusammenkam, begehrten so unterschiedliche Politiker wie der Wirtschaftskopf Michael Fuchs und der Arbeitsmarktexperte Max Straubinger gegen von der Leyens Pläne auf. Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) giftet aus München: „Das Zuschussrentenkonzept von Bundesministerin von der Leyen ist der falsche Weg. Die Rente muss ein Spiegel der Lebensleistung sein, nicht eine Fürsorgeleistung."

Die Kanzlerin steht wegen der Debatte vor einem Dilemma. Sie schätzt von der Leyen, aber nicht ihren Politikstil. Sie lehnt die Zusatzrente ab, möchte im aufziehenden Wahlkampf jedoch auf ihre Arbeitsministerin nicht verzichten. Die soll den Sozialdemokraten das Wasser abgraben. Für junge Familien, die die Segnungen des Elterngeldes genießen, und für Frauen, die von der Leyens Kampf für eine verbindliche Quote unterstützen, ist von der Leyen die größte Identifikationsfigur der CDU. Dadurch verfügt sie über beträchtliches Drohpotential.

Von der Leyen macht weiter. „Altersarmut wird absehbar für viele Geringverdiener zu einem drängenden Problem, wenn wir die Sache heute nicht angehen", sagt sie. „Ich bin daher dafür, jetzt zu handeln, anstatt im Wahlkampf darüber zu reden. Die Zuschussrente ist ein wichtiger erster Baustein auf dem Weg zu einer umfassenden Lösung."

Merkels bewährter Ausweg für solche Fälle ist somit verbaut. Sie hätte das Rententhema stillschweigend beerdigen oder nebenbei ins Wahlprogramm schreiben können. So soll es beim Mindestlohn geschehen und auch bei der Frauenquote. Bei der Rente wird dieser Trick nicht funktionieren. Zurück bliebe eine beschädigte Arbeitsministerin.

Spätestens damit ist klar: Entweder die Kanzlerin kommt ihrer Ministerin entgegen, oder der nächste Wahlkampf findet ohne von der Leyen statt.

Markus Dettmer, Peter Müller

KROHNFOTO.DE

Beträchtliches Drohpotential